

Nr. 475D

29.05.2015

BOFAXE



Ergebnisse der NPT-Überprüfungskonferenz

Autor / Nachfragen

Susanne Hirscher
Praktikantin
DRK Generalsekretariat

Nachfragen:
S.Hirscher@drk.de

Webseite

<http://www.ifhv.de>

Fokus

Am 22.05.2015 endete in New York die Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen. Aufgrund eines fehlenden Konsenses konnte das Abschlussdokument nicht verabschiedet werden. Ungeachtet der fehlenden Einigung haben sich 107 Regierungen der „Humanitarian Pledge“ angeschlossen. Die „Humanitäre Initiative“ konnte somit an Bedeutung gewinnen.

Quelle:
<http://www.un.org/en/conf/npt/2015/>

Am 22. Mai 2015 endete die [Überprüfungskonferenz](#) zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen (NPT). Im Vorfeld der Konferenz hatte die [Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung](#) die Staatengemeinschaft dazu aufgerufen, die Beseitigung von Atomwaffen voranzutreiben. In drei Hauptausschüssen befassten sich die Vertragsstaaten mit der Umsetzung des Übereinkommens (siehe Bofax Nr. 472D). Der erste Hauptausschuss beschäftigte sich mit Abrüstung und der Nichtverbreitung von Atomwaffen, der zweite Hauptausschuss mit der Einrichtung von nuklearwaffenfreien Zonen und der dritte Hauptausschuss mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Im zweiten Hauptausschuss hatten sich insbesondere Ägypten und andere arabische Staaten für eine mögliche Nahostkonferenz 2016 eingesetzt, die die Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone im Nahen Osten vorantreiben sollte. Allerdings verweigerten die USA, Großbritannien und Kanada einem [Abschlussdokument](#), das die Planung einer Nahostkonferenz bis spätestens März 2016 vorsah, am letzten Verhandlungstag ihre Zustimmung. Als Grund gaben sie an, dass die Umsetzung einer Nahostkonferenz wegen des zu erwartenden Widerstands Israels unrealistisch sei. Israel ist dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen bisher nicht beigetreten, hat jedoch erstmals seit 20 Jahren als Beobachter an einer NPT-Überprüfungskonferenz teilgenommen. Nach Beendigung der NPT-Überprüfungskonferenz dankte der israelische Ministerpräsident den USA für die Blockierung des Abschlussdokuments.

Das Abschlussdokument, das aufgrund des fehlenden Konsenses nicht verabschiedet wurde, ist Vertretern zivil-gesellschaftlicher Gruppen zufolge „ohne Inhalt“. Textpassagen, die sich mit dem Thema Abrüstung befassen, seien schwächer als die des Abschlussdokuments der NPT-Überprüfungskonferenz vor fünf Jahren. Die „Humanitäre Initiative“ wird nicht erwähnt; ihr kommt somit trotz des großen Stellenwertes vor und während der Konferenz im Abschlussdokument nicht die angemessene Bedeutung zu.

Ungeachtet der fehlenden Einigung auf ein Abschlussdokument haben sich bis zum letzten Tag der Konferenz 107 Regierungen dem [„Humanitarian Pledge“](#) angeschlossen. Am 9. Dezember 2014, auf dem Staatentreffen in Wien zum Thema humanitäre Auswirkungen von Nuklearwaffen, hatte sich die österreichische Regierung im Rahmen eines „Austrian Pledge“ dazu verpflichtet, sich für ein Nuklearwaffenverbot einzusetzen und alle Staaten zur Zusammenarbeit aufgerufen. Während der NPT-Überprüfungskonferenz wurde das Dokument in „Humanitarian Pledge“ umbenannt. Kernforderungen des Dokuments sind die Schließung der Rechtslücke durch eine völkerrechtliche Ächtung und ein generelles Verbot von Atomwaffen. Des Weiteren enthält das Pledge einen Hinweis auf die „unacceptable humanitarian consequences“ von Atomwaffen; das Abschlussdokument spricht hingegen nur von „catastrophic humanitarian consequences“. Das „Humanitarian Pledge“ beinhaltet auch einen expliziten Verweis auf die Rolle der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung und ermutigt Staaten dazu, im Bereich der nuklearen Abrüstung mit ihr zusammenzuarbeiten. Die deutsche Regierung unterstützt das „Humanitarian Pledge“ bislang nicht, da es angeblich zu einer Schwächung des NPT führe. Die NPT-Überprüfungskonferenz war gekennzeichnet von einer zunehmenden Distanz zwischen Atomwaffenstaaten und Unterstützern des „Humanitarian Pledge“. Insbesondere Frankreich tat sich unter den ablehnenden Staaten hervor, indem es argumentierte, es gäbe keine neuen Informationen zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen.

Die Chance, die die NPT-Überprüfungskonferenz für ein Nuklearwaffenverbot bot, wurde aufgrund des Widerstands einiger weniger Länder somit nicht genutzt. Allerdings hat die „Humanitäre Initiative“ an Schwung und mit 107 Unterstützerstaaten an Bedeutung gewonnen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich dies auf die Erreichung eines völkerrechtlichen Verbots von Nuklearwaffen auswirken wird.

Verantwortung

Die BOFAXE werden vom Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum herausgegeben: IFHV, NA 02/33, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum, Tel.: +49 (0)234/32-27366, Fax: +49 (0)234/32-14208. Die BOFAXE werden vom Deutschen Roten Kreuz unterstützt.

Für den Inhalt ist der jeweilige Verfasser allein verantwortlich.